Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 221 | — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend. | Halver Freitag, den 19. September 1924 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichskanzler Marx hat seinen unterbrochenen Urlaub wieder angetreten und weilt in Sigmaringen.

* Der Deutsche Reichstag wird, wie jetzt feststehen soll, vor dem 15. Oktober nicht einberufen.

* Als Preis für die deutschen Reparationskohlen wurden von der Repko 18 Goldmark vom 1. Oktober ab festgesetzt.

* Nach Pariser Meldungen ist zum Präsidenten der neuen deutschen Notenbank der jetzige Reichsbankpräsident Dr. Schacht ausersehen.

* Zwischen Sowjetrußland und Ungarn werden die diplomatischen und Handelsbeziehungen wieder aufgenommen.

Österreichs schwieriger Aufbau.

Schnellebig ist unsere Zeit und ihre Haupteigenschaft ist das rasche Vergessen. Wer denkt noch daran, wie furchtbar das Schicksal Deutsch-Österreichs sich entwickelte, dem der Vertrag von St. Germain sozusagen sämtliche Knochen im Leibe zerschlug! Wer denkt noch an die zahllosen Bittfahrten, die von den österreichischen Ministern in alle Hauptstädte der Entente — erfolglos — unternommen wurden! Wie Deutsch-Österreich dem sicheren Hungertod entgegenzugehen schien.

Dann kam, im letzten Augenblick, die Sanierung dadurch, daß drei, vier Großmächte eine Anleihe aufbrachten und garantierten, dafür aber das Recht eingehendster Kontrolle in Anspruch nahmen. Auch formell war der Generalkommissar Zimmermann der tatsächliche Herrscher, weil das gesamte Budget, also die Stelle und das Gehalt des letzten staatlichen Angestellten, die Anschaffung des kleinsten Stückes Kanzleipapiers des Generalkommissars Genehmigung bedurfte.

Gewiß, schon das alte Österreich war ein Beamtenstaat besonders deshalb, weil viel zu viel regiert wurde, die Zahl der Beamten unverhältnismäßig groß war. Hier hat nun unter dem Druck Zimmermanns die Regierung sehr scharf eingegriffen und hat einen prozentual noch höheren Beamtenabbau vollzogen als Deutschland. Das war aber dem Generalkommissar immer noch nicht genug. Nun muß man bedenken, daß, weit stärker als bei uns, die deutschen Beamten aus den Gebieten, die Deutsch-Österreich verlor, also vor allem aus der neuen Tschechoslowakei und Jugoslavien, aber auch aus dem italienisch gewordenen Südtirol, nach Wien und in das kleine Land zurückströmten, das jetzt Österreich heißt. Bei dem vorweigend agrarischen Charakter dieses Landes, bei dem Mangel an einer ausdehnungsfähigen Industrie war die Abschiebung dieser Beamten in die Wirtschaft eine sozial-ethische Unmöglichkeit; aber weder soziale noch ethische Bedenken gab es bei Herrn Zimmermann. Er revidierte und kontrollierte nicht bloß die Etats, sondern sozusagen jede Amtsstube auf Beschäftigungsgrad und Abbaumöglichkeit, strich schließlich ein paar Dutzend Millionen Goldkronen am Etat, so daß dem gepeinigten Dr. Seipel, dem Bundeskanzler, nichts anderes übrig blieb, als an den Völkerbund als oberster Instanz zu appellieren. Mit dem Generalkommissar „verkehrte man nur noch schriftlich", da er bei den Kontrollen weit über jede zulässige Grenze gegangen war.

Nun hat der Völkerbundsrat zum Teil den Bitten Seipels nachgegeben, hat das Budget wieder erhöht und sogar die Ausgabe von 50 Millionen Goldkronen für werbende Anlagen verstattet. Dafür sollen aber auf der andern Seite von der Regierung bestimmte Reformen zur Beschränkung der Staatsausgaben, namentlich durch Beschleunigung des Personalabbaus, durchgeführt werden. Man hofft dadurch den Etat balancieren zu können.

Das wäre ganz schön, wenn es der österreichischen Wirtschaft nicht so furchtbar schlecht ginge. Daß in Wien Bankkrach auf Bankkrach folgte, ist weniger zu beklagen, als die Tatsache, daß die österreichische Industrie Rohstoffe und Kohle so gut wie vollständig, aber auch die früheren Absatzgebiete verloren hat bzw. von ihnen durch Zollschranken abgeschnitten ist. Daher hat sich Dr. Seipel die erdenklichste Mühe gegeben, handelspolitisch mit den „Nachfolgestaaten" in erträgliche Verhältnisse zu gelangen, zum Teil mit Erfolg. Aber er muß selbst gestehen, daß von einem Aufschwung der österreichischen Industrie so gut wie nichts zu verspüren ist, daß sich das ausländische Kapital zurückhält. Sehr langsame Fortschritte machen die Arbeiten zur Ausnutzung der gewaltigen Wassermassen, die ja Österreich fast unabhängig von der Kohle machen könnten. Und der Völkerbundkredit, der ja lediglich für die Sanierung des Staatshaushalts und damit zur Stabilisierung der Währung verbraucht werden durfte, hat nicht die Anziehungskraft auf das ausländische Kreditkapital ausgeübt, die man erhofft hatte. Und nach drei Jahren muß Österreich den Völkerbundkredit zurückzahlen! Das vergißt man — wie bei uns — oft genug.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verlängerung der Erntekredite für Bayern?

Die Bayerische Volkspartei hat im Landtage einen Antrag eingebracht, in dem die bayerische Regierung aufgefordert wird, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die seinerzeit an die Landwirtschaft mit dreimonatiger Laufzeit gegebenen Erntekredite angesichts der Mißernte auf ein Jahr verlängert werden.

Nationalsozialistische Beschlüsse.

Die Reichstagsfraktion der Nationalsozialistischen Freiheitspartei verhandelte in einer Sitzung, zu der auch Vertreter der Wirtschaft als Gäste geladen waren, in Berlin über die finanz- und wirtschatfspolitischen Ziele der Partei auf Grund eines ausführlichen Referats des Abg. Feder. Das Ergebnis war die einmütige Zustimmung der Fraktion zu dem Wirtschaftsprogramm des Abg. Feder. Es wurde beschlossen, das Ergebnis der Verhandlungen demnächst in den Grundlinien der Öffentlichkeit zu übergeben.

Aufhebung von Ausweisungen.

In Mainz ist eine Liste von 1300 aufgehobenen Ausweisungen den deutschen Behörden durch die Franzosen bekanntgegeben worden. Oberbürgermeister Kuelb hat die Erlaubnis erhalten, sein Amt wieder anzutreten. Die Aufhebung weiterer Ausweisungen aus der Pfalz ist erfolgt. Das in Koblenz ausgegebene Verzeichnis der aufgehobenen Ausweisungen enthält 1331 Namen.

Dänemark.

× **Sozialdemokratische Wahlerfolge.** Bei den diesjährigen Ergänzungswahlen für den Landsthing hatten die Sozialdemokraten einen Zuwachs von 34 000, die Bauernpartei einen Rückgang von 20 000 Stimmen. Es werden 28 von den 76 Mandaten des Landsthing der Ersten Kammer neu besetzt. Gewählt wird in Kopenhagen, Nordjütland und auf Fünen. Die Verteilung der Mandate im neuen Landsthing wird wahrscheinlich folgende sein: Bauernlinke 31, Sozialdemokraten 25, Konservative 13 und Demokraten 7.

Rußland.

× **Wieder diplomatische und Handelsbeziehungen zu Ungarn.** In Berlin ist zwischen dem Delegierten der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken in Deutschland, Botschafter Krestinski, und dem Delegierten Ungarns, Minister Kania von Kanya, ein Abkommen über Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen abgeschlossen worden. Das Abkommen muß noch durch beide Regierungen bestätigt werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der langjährige Präsident der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Freiherr v. Kerkering-Borch, ist wegen Differenzen mit der überwiegenden Mehrheit der deutschen Bauernvereine von seinem Amte zurückgetreten.

Berlin. Mehrere sozialdemokratische Versammlungen wurden durch Kommunisten derart gestört, daß es zu heftigen Schlägereien kam, wobei eine Anzahl Personen verletzt wurden. Die Polizei nahm mehrere Ruhestörer fest.

Berlin. Reichskanzler Marx hat Berlin verlassen und ist in Sigmaringen eingetroffen, um dort den Rest seines Urlaubs zu verbringen. Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird sich wahrscheinlich bis zum 23. September in Bad Wildungen aufhalten.

Mannheim. Aus Anlaß der Einweihung eines Denkmals für den gefallenen sozialdemokratischen Abg. Dr. Ludwig Frank am 28. September wird am 27. und 28. September ein Republikanischer Tag für Südwestdeutschland abgehalten.

Köln. Am 12. Oktober wird hier die offizielle Feier des 25jährigen Bestehens der christlichen Gewerkschaften in der Festhalle auf dem Kölner Messegelände beginnen.

Neuchen (Baden). Der politischen Polizei ist es gelungen, im Hause des Kommunisten Bechtle eine Werkstatt zur Anfertigung von Handgranaten aufzudecken. Bechtle wurde verhaftet.

Die deutsche Anleihe in Frankreich.

In Paris versichern die Finanzblätter, der auf Frankreich entfallende Abschnitt der deutschen Anleihe werde auf Dollar lauten. Die wichtigsten französischen Banken haben sich nach den Blättern bereit erklärt, eine bestimmte Menge der deutschen Obligationen fest zu den Bedingungen, welche den amerikanischen Banken bewilligt werden, zu übernehmen, ohne die Festsetzung der endgültigen Bedingungen abzuwarten.

Preis der Reparationskohle.

Vom 1. Oktober ab.

Die Reparationskommission in Paris hat im Verlauf einer Sitzung, der auch der aus Berlin gekommene Generalkommissar Owen Young beiwohnte, den Preis der deutschen Reparationskohle festgesetzt. Er beträgt ungefähr 18 Goldmark für eine Tonne. Er tritt vom 1. Oktober ab in Kraft und wurde festgesetzt, um die glatte Abwicklung der Sachlieferungen zu ermöglichen. Die Reparationskommission hat Owen Young ferner mitgeteilt, daß Frankreich und Belgien den Betrag von dreieinhalb Millionen Goldmark auf seinen Namen bei den Banken des Ruhrgebietes hinterlegt haben. Dieser Betrag stellt die franko-belgische Ruhreinnahme in der Zeit vom 1. bis 10. September dar, ausschließlich der zehn Millionen Goldmark für Bestreitung der Besatzungskosten.

Owen Young hatte vor der Reparationskommission einen Bericht erstattet, in dem er sagte, daß die deutsche Regierung ihm in bereitwilliger Weise mit allen möglichen Angaben an die Hand gehe; sämtliche technischen Einzelheiten sind ihm in höchst zuvorkommender Weise mitgeteilt worden, und die Überzeugung, daß das Dawes-Gutachten Deutschlands Rettung bedeute, breche sich Bahn. Owen Young behauptet, daß auch die Deutschen sich in hervorragendem Maße an der Aufbringung der 800-Millionen-Anleihe im nächsten Monat beteiligen werden, und daß sie ferner auch an der Zeichnung der Industrie- und Eisenbahnobligationen teilnehmen dürften. In Paris wird mitgeteilt, Präsident der neuen deutschen Notenbank werde Dr. Schacht sein.

Verhaftung Völkischer in München.

Verbotene Organisation.

München, 17. September.

Die Geschäftsstelle des Bundes „Frontring" wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft geschlossen und der Geschäftsführer Leutnant Oßwald verhaftet. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß bei einer Reihe von Mitgliedern der Organisation „Frontring" wegen Verdachts der Fortsetzung verbotener Organisationen Durchsuchungen durch die Polizeidirektion vorgenommen wurden. Das Ergebnis der Durchsuchungen führte zur Festnahme von sechs Personen, von denen eine alsbald wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Die übrigen Festgenommenen (Oberleutnant Brückner, Leutnant Oßwald, Dr. Meiding, Oberleutnant v. Prosch, Hauptmann Krauße) werden zunächst in Haft behalten. Sie werden nach Abschluß der Vernehmungen dem Gericht überwiesen werden.

Man erfährt noch, daß der nationalsozialistische Oberleutnant Brückner, einer der Verurteilten im Hitler-Prozeß, beschuldigt wird, mit einer gewaltsamen Aktion gedroht zu haben, falls Hitler, Kriebel und Dr. Weber nicht nach sechsmonatiger Strafverbüßung freigelassen werden.

Parole der Deutschnationalen.

Parteiamtliche Erklärungen.

Eine von der Deutschnationalen Volkspartei als parteiamtlich gekennzeichnete Veröffentlichung dürfte für ihre zukünftige Stellungnahme besonders bedeutungsvoll sein. Unter Hinweis auf die Reichstagsabstimmung vom 29. August heißt es in dem Artikel:

„Die Voraussetzung für die Zustimmung deutschnationaler Reichstagsabgeordneter war die Zusicherung der Regierungsparteien, daß wir den uns zustehenden **Anteil an der Verantwortung für die Durchführung des Londoner Paktes** erhalten würden, wenn wir auch an der Verantwortung für seine Annahme unser Teil übernehmen würden. Wir haben diesen Teil schweren Herzens und nach schwerstem inneren Ringen übernommen. Sollten wir Deutschnationale uns nun scheuen, diesen Londoner Pakt, seine Unmöglichkeiten, seine unerträglichen Bestimmungen abändern, verbessern und ebenso revidieren zu können, wie wir das Versailler Diktat revidieren müssen? Sollten wir nun vor dieser uns gewordenen Aufgabe zurückschrecken? Nein! Hinein in die Reichsregierung heißt deshalb unsere erste und nächste Parole. Hinein in die Verantwortung ist deshalb vaterländische Pflicht."

Weiter schließt der Artikel aus Erklärungen der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, daß auch bei diesen Parteien, wie bei der Reichsregierung selbst, die Überzeugung herrscht, daß die schwierigen staats- und wirtschaftspolitischen Aufgaben der nahen und weiteren Zukunft nicht ohne die Deutschnationalen so gelöst werden können, wie es das Wohl und die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands verlangen. Sollte allerdings der Versuch gemacht werden, sie gegen die Deutschnationalen zu lösen, so könnte für sie die nächste Parole nur lauten: schärfste Opposition!

Deutscher Kolonialkongreß.

n. Berlin, 17. September.

In der Universität wurde heute der erste deutsche Kolonialkongreß nach dem Kriege eröffnet unter dem Ehrenpräsidium des früheren Gouverneurs von Togo, dem Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg. Veranstalter der Tagung sind alle in Deutschland bestehenden kolonialen Vereine und Gesellschaften, verschiedene Handelskammern, wissenschaftliche Institute und große Handelsunternehmungen, die nach dem Auslande, insbesondere den früheren deutschen Kolonien Beziehungen hatten, sowie die meisten großen Schiffahrtslinien. Mit den Vertretern der Reichsregierung waren alle führenden Persönlichkeiten der früheren deutschen Kolonialverwaltung erschienen.

Nachdem der Kongreß durch den Herzog Adolf-Friedrich zu Mecklenburg eröffnet war, begrüßte der Rektor der Universität, Prof. Dr. Roethe, die Versammlung. Nach ihm ergriff der Präsident des Kongresses, Exzellenz Dr. Seitz, das Wort und setzte die Gründe auseinander, die zur Einberufung des Kolonialkongresses geführt haben.

Deutschland könne seine nationale Selbständigkeit nur wiedererlangen, wenn es Kolonien habe.

Überall auf der Welt habe eine Industrialisierung eingesetzt, die auf die Dauer das Bestehen reiner Industriestaaten unmöglich mache und eine Umstellung der Volkswirtschaft bedinge. Diese Umstellung sei in Deutschland nur möglich, wenn es sich in irgendeiner Form wieder kolonial betätigen könne. Die koloniale Frage habe aber nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine ideale Seite, denn kein Volk könne bestehen, wenn es nicht an der Entwicklung der gesamten Welt teilnehme. Alsdann sprach Exzellenz Schnee über Mandatspolitik. Er erklärte, die wenigen Jahre der Mandatsregierung hätten gezeigt, daß dieses System vollkommen verfehlt sei und zum Nachteil der Bewohner des Landes, insbesondere der Eingeborenen ausschlage. Nach ihm berichteten Missionsdirektor Knak über die Lage der evangelischen, Pater Skolaster über die der katholischen Mission. Der frühere Medizinalreferent der Kolonialverwaltung, Prof. Dr. Steudel, sprach über die ärztliche Versorgung der deutschen Kolonien jetzt und vor Kriegsausbruch. Er wies darauf hin, daß diese Versorgung jetzt viel schlechter sei als vor dem Kriege. Die Folge davon sei, daß die Sterblichkeit unter den Eingeborenen ungeheuer zugenommen habe. — Daran schlossen sich Sitzungen der verschiedenen Einzelabteilungen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 19. September 1924

☐ **Fortfall der Aufnahmebeschränkungen für den Güterverkehr nach dem Auslande.** Am 21. September 1924 treten im besetzten Gebiet die deutschen Zollgesetze wieder in Kraft. Damit fallen auch die Aufnahmebeschränkungen für den Güterverkehr nach und von dem Ausland weg. Die Bestimmungen für den Güterverkehr mit Stationen im Regiebetrieb werden hierdurch — abgesehen von den im amtlichen Tarif- und Verkehrsanzeiger enthaltenen Änderungen — nicht berührt und sind auch weiterhin zu beachten.

Kleine Nachrichten.

Botschafter von Hoesch in Berlin.

Berlin, 17. September. Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hoesch, hält sich augenblicklich in Berlin auf. Sein Aufenthalt hat keinerlei politischen Charakter. Gestern nahm v. Hoesch an dem Frühstück, das Dr. Stresemann den belgischen Delegierten gab, teil.

Für den deutsch-spanischen Handelsvertrag.

Hamburg, 17. September. Der Verein Hamburger Exporteure hat eine Entschließung angenommen, in der mit aller Bestimmtheit die Erwartung ausgesprochen wird, daß der Reichstag in Würdigung des allgemeinen Interesses Deutschlands an einer zielbewußten Förderung seiner Ausfuhr die baldige Ratifizierung des deutsch-spanischen Handelsvertrages trotz der Einsprüche der Winzervereinigungen beschließen wird.

Heimkehr ausgewiesener Pfälzer.

Ludwigshafen, 17. September. Die aus der Pfalz ausgewiesenen über 5000 Eisenbahner haben nach der neuen Liste der Interalliierten Rheinlandkommission fast sämtlich die Erlaubnis zur Rückkehr erhalten. Von 700 anderen Beamten bleibt auch jetzt noch 150 die Heimat verschlossen. Von den 214 aus der Pfalz ausgewiesenen Privatpersonen kann ebenfalls nur ein Teil zurückkehren; etwa 60 bis 65 fehlen auf der jetzigen Zulassungsliste.

Ein ehrwürdiges Bauwerk niedergebrannt.

Reichenbach, 17. September. Am Montag abend ist in Faulbrück die mehrere Jahrhunderte alte katholische Kirche niedergebrannt. Der Brand ist wahrscheinlich durch Fahrlässigkeit von Arbeitern entstanden, die mit einer Dachreparatur beschäftigt waren.

Schiedsvertrag Italien-Schweiz.

Bern, 17. September. Zwischen der Schweiz und Italien sind Verhandlungen über den Abschluß eines Schiedsverfahrens im Gange. Es ist eine grundsätzliche Einigung erzielt worden, so daß die Unterzeichnung des Vertrages möglicherweise in der nächsten Zeit erfolgen kann.

Faszistische Demonstrationen unterbleiben.

Rom, 17. September. Die für den 21. geplante große Demonstration in Rom, die eine starke Konzentration faszistischer Provinzialverbände gewesen wäre und der man wegen der Gefahr von Zusammenstößen mit Besorgnis entgegensah, unterbleibt auf Befehl Mussolinis.

Die chinesischen Regierungstruppen zurückgeschlagen.

London, 17. September. Nach Meldungen aus Schanghai wurde der große Angriff der Regierungstruppen auf die Truppen Tsekiangs um den Besitz Schanghais zurückgeschlagen.

Amerikanische Nordpolpläne.

Newyork, 17. September. Nach Meldungen aus Washington beabsichtigt Präsident Coolidge, nach der Ankunft des neuen Zeppelins in Lakehurst den älteren Zeppelin „Shenandoah" für eine Expedition nach dem Nordpol freizugeben. Da dann die amerikanische Flotte zwei lenkbare Flugschiffe haben wird, hat der Präsident den Wunsch, daß eins von diesen den Versuch unternimmt, die Polargebiete zu erreichen.

Attentat auf den italienischen Weltrundflieger.

Newyork, 17. September. Beim Verlassen des Theaters wurde der italienische Weltrundflieger Leutnant Locatelli von Italienern angefallen und durch Dolchstöße schwer verwundet. Die Tat erklärt sich aus politischen Gründen. Locatelli wurde gleich bei seiner Ankunft als Faszist von den dortigen Italienern beschimpft.

Vermischtes.

= **Ein amerikanisches Weihnachtsschiff für deutsche Kinder und Frauen.** Das von dem kirchlichen Frauenkomitee für internationale Verständigung vorbereitete Weihnachtsschiff mit Gaben für die notleidenden deutschen Kinder und Frauen wird am 10. November von Newyork abfahren. Der Kirchenausschuß deutscher Frauen wird die Gabenverteilung übernehmen. Präsident Coolidge richtete an die Leiterin des Unternehmens ein Schreiben, in dem er seine volle Zustimmung zu der Veranstaltung ausdrückt, die den guten Willen Amerikas und deutlich seinen Wunsch dartue, dauerhaften Frieden zu sichern und das gegenseitige Verstehen aller Nationen zu fördern.

= **Nebenverdienste amerikanischer Studenten.** Der amerikanische Durchschnittsstudent ist auf einen Nebenverdienst nicht weniger angewiesen, als sein mitteleuropäischer Kollege. Hunderte von Studenten beider Geschlechter haben sich nach offiziellen amerikanischen Statistiken während der Sommermonate ihr Brot durch Beerensammeln und Farmarbeit verdient. Andere arbeiteten als Kellner, Chauffeure, Handlanger, Wächter, Bureaubeamte, Verkäufer, Nachhilfslehrer und Telephonisten. Die Studenten der Newyorker Universität verdienten durch Arbeiten, die ihnen durch die Universitätsarbeitsvermittlung verschafft wurden, in einem Jahre zusammen rund 600 000 Dollar.

Welt und Wissen.

w. **Entdeckung neuer Jupitermonde.** Der amerikanische Astronom James Robertson hat nach siebenjährigem Suchen das Vorhandensein von fünfzehn Jupitermonden festgestellt. Nähere Nachrichten über diese Entdeckung fehlen noch.

w. **38 000 Gulden für eine Bibel.** Für eine schöne Bibelhandschrift aus dem 14. Jahrhundert wurde auf einer der letzten Amsterdamer Versteigerungen bei Frederik Muller der Riesenpreis von 38 000 Gulden bezahlt, für den die kostbare Handschrift in den Besitz einer Londoner Firma überging.

Arbeiter und Angestellte.

München. (Deutscher Beamtenbund.) Auf dem gutbesuchten Vertretertag der Provinzial- und Landesverbände des Deutschen Beamtenbundes wurde die Aufhebung des Sperrgesetzes, der Anstellungssperre und die Wiedereinführung der 48-Stundenwoche gefordert. Einstimmige Annahme fand ein Antrag, der sich mit den Preissteigerungen und der unzulänglichen Besoldung befaßt. Regierung und Volksvertreter werden ersucht, mit aller Strenge und Schärfe geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Volk und Staat vor dem Untergange zu retten.

Wien. (Streikfolgen.) Die Lohnverhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der Metallindustrie wurden fortgesetzt. Die Arbeiter der Wiener Elektrizitätswerke traten in einen Sympathiestreik ein, so daß in einem Teil der inneren Stadt die elektrische Beleuchtung erlosch.

Berlin. (Allmähliche Besserung der Berliner Arbeitsmarktlage.) Die in letzter Zeit eingetretenen Besserungserscheinungen auf dem Arbeitsmarkt haben sich in der Berichtswoche verstärkt und bereits einen Stillstand in der Steigerung der Arbeitslosigkeit bewirkt. Der Grad der Besserung ist freilich bei der großen Arbeitslosigkeit gering. In der Landwirtschaft herrscht lebhafte Nachfrage nach Arbeitskräften. Für Spezialarbeitskräfte steigerte sich die Nachfrage in der Metallindustrie. Die Belebung im Spinnstoffgewerbe macht weitere Fortschritte. Die Zellstoffindustrie bietet nur ganz geringe Beschäftigung. In der Lederindustrie hat sich im ganzen nichts geändert. Die Aufwärtsbewegung im Holzgewerbe hält an. Ebenso ist die Besserung im Nahrungsmittelgewerbe vorherrschend.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Eine eigenartige Urkundenfälschung.** Mit einer eigenartigen Urkundenfälschung beschäftigte sich die Sitzung des Großen Schöffengerichts in Kaiserslautern, vor dem der Hilfslehrer a. D. Richard Appel unter Anschuldigung stand, durch Fälschung eines Schreibens seine Wiedereinstellung im Schuldienst veranlaßt zu haben. Appel, der bis zum 1. Juli 1921 Hilfslehrer in Hornbach war, bis ihm das Ausscheiden aus dem Schuldienst nahegelegt wurde, fälschte ein Schreiben der Regierung der Pfalz, in dem das Bürgermeisteramt Kaiserslautern zur Wiedereinstellung des Appel als Hilfslehrer in Kaiserslautern aufgefordert wurde. Darauf erfolgte tatsächlich die Einstellung. Infolge der damaligen Sonderbündlerunruhen wurde die Fälschung zunächst nicht entdeckt. Appel wurde unter weitgehender Bewilligung mildernder Umstände zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

§ **Rechtsanwälte unter Anklage der Begünstigung von Verbrechern.** Vor der Strafkammer des Amtsgerichts Hamburg haben sich in einem Prozeß, der nicht geringes Aufsehen erregt, zwei Rechtsanwälte, Dr. Brandt und Dr. Crasemann, wegen Begünstigung von Verbrechern zu verantworten. Neben ihnen sitzen zwei Frauen, von denen die eine gegenwärtig eine Gefängnisstrafe verbüßt, während die andere vor kurzem erst aus der Strafhaft entlassen worden war, auf der Anklagebank. Alle vier werden beschuldigt, eine hinter Schloß und Riegel gebrachte berüchtigte Einbrecherbande, deren Häuptling ein gewisser Petersen war, dadurch begünstigt zu haben, daß sie Kassiber aus dem Untersuchungsgefängnis an die in Freiheit befindlichen Helfershelfer der Verbrecher beförderten und auf diese Weise zur Verschleierung belastender Tatsachen beitrugen. Während die angeklagten Frauen ihre Schuld einräumen, wird von den beiden Anwälten, die etwa 7 Monate in Untersuchungshaft waren, jede strafbare Handlung bestritten. Die Beweisaufnahme gestaltete sich jedoch für die beiden Rechtsanwälte höchst ungünstig.

Wetter-Aussichten.

21. Sept.: Wolken mit Sonne, angenehm, Strichregen.
22. „ Wenig verändert.
23. „ Wolken, teils Sonne, herbstlich warm.
24. „ Kaum verändert.
25. „ Sonne, Wolken, angenehm.
26. „ Sonne, Wolken, warm teils wolkenlos.
27. „ Wenig verändert.

Börse und Handel.

* **Berliner Börsenbericht vom 17. September.** Während das Geschäft an den Aktienmärkten sich äußerst träge hinschleppte und zeitweise nahezu gänzlich ins Stocken geriet, herrschte ein lebhaftes Treiben auf dem Umsatzgebiet der deutschen Anleihen. Schon vorbörslich waren die Kurse beträchtlich in die Höhe getrieben worden. Bei Beginn des offiziellen Verkehrs konnten sie allerdings nicht voll aufrecht erhalten werden, stellten sich aber noch höher als die gestrigen Schlußnotierungen. Bei großer Beteiligung wurden sodann weitere Kursgewinne erzielt, namentlich 23er und 24er K-Schätze wurden in großen Posten umgesetzt. Industriewerte hatten eine unregelmäßige Kursbewegung, vorwiegend ergaben sich kleine Abschwächungen. Ausländische Anleihen unterlagen nur ganz unwesentlichen Änderungen.

* **Die Berliner Devisenbörse vom 17. September** nennt amtlich: Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 18,66—18,73; holl. Gulden 161,30—162,10; Danz. 74,91—75,29; franz. Frank 22,40—22,52; belg. 20,85—20,95; schweiz. 79,08—79,48; Italien 18,35—18,45.

* **Amtlicher Schlachtviehmarkt.** Berlin, 17. September Auftrieb: 1695 Rinder, darunter 441 Bullen, 536 Ochsen und 718 Kühe, 1712 Kälber, 5436 Schafe, 8227 Schweine, 12 Ziegen, 906 Schweine aus dem Ausland. Preise: Ochsen a) —, b) 40—44, c) 36—38, d) 32—34; Bullen a) 42—45, b) 37—40, c) 32—35; Kühe und Färsen a) 44—48, b) 38—42, c) 30—35, d) 22—26, e) 17—20, Fresser 30—35; Kälber a) —, b) 85—93, c) 75—80, d) 66—70, e) 48—55; Stallmastschafe a) 44—52, b) 30—40, c) 20—28; Weidemastschafe a) 51—54, b) —; Schweine a) —, b) 84—85, c) 80—83, d) 73—78, e) 65—70, f) 63; Säue 68—73; Ziegen 12—18. Marktverlauf: Bei Rindern und Schweinen ziemlich glatt, bei Kälbern glatt. Bei Schafen fette Ware gesucht, sonst ruhig. Vom 1. Oktober ab beginnt der Rinder- und Schafmarkt um ½9 Uhr, Kälber- und Schweinemarkt um 9 Uhr. Marktschluß für alle Tiergattungen ½12 Uhr.

* **Ausländische Zahlungsmittel gegen Waren.** Das Reichsfinanzministerium gibt bekannt: Durch die Verordnung vom 5. September 1924 konnte mit Rücksicht auf die veränderte Wirtschaftslage vielfach geäußerten Wünschen, die Steuer auf Devisenumsätze gegen Waren zu erleichtern, Rechnung getragen werden. Vom 1. Oktober 1924 ab ist die Börsenumsatzsteuer für solche Geschäfte nicht mehr zu entrichten, bei denen für Waren oder sonstige Leistungen ausländische Zahlungsmittel als Gegenleistung vereinbart sind. Die Steuerpflicht bleibt dagegen bestehen für die Geschäfte, die durch die Devisenpolizeigesetzgebung verboten sind, und für Geschäfte, bei denen das Warengeschäft nur den Deckmantel für Geschäfte über ausländische Zahlungsmittel bildet. Die Nachversteuerung der bis zum 30. September 1924 unversteuert gebliebenen Geschäfte dieser Art, deren Steuerpflicht der Reichsfinanzhof anerkannt hat, wird vom Reichsfinanzminister besonders geregelt.

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	17. 9.	16. 9.		17. 9.	16. 9.
Weiz., märk.	228-236	225-236	Weizkl. f. Brl.	15	15
mitteld.	—	—	Rogkl. f. Brl.	13-13,2	13
Rogg., märk.	205-209	201-206	Raps	—	335-340
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	440
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	32-36	32-35
Futtergerste	200-210	200-210	kl. Speiseerbs.	22-26	22-26
Braugerste	225-250	220-248	Futtererbsen	19-20	19-20
Hafer, märk.	183-190	182-190	Peluschken	17-18	17-18
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	20-22	16-17
westpreuß.	—	—	Wicken	16-17	16-17
Weizenmehl			Lupin., blaue	12,5-13	12,5-13
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	14-17	14-17
Bln. br. inkl.			Seradella	13,5-14	13,5-14
Sack (feinst.			Rapskuchen	14,8-15	14,5
Mrk. ü. Not.)	32,25-35	32-34,5	Leinkuchen	25-26	24-25
Roggenmehl			Trockenschtzl.	13,2-13,5	13,3
p. 100 Kil. fr.			vw. Zuckschn.	23-25	22-24
Berl. brutto			Torfml. 30/70	9	—
inkl. Sack	29,75-32	29-31,5	Kartoffelfl.	19,5	19,5

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Landwehr-Verein
Schalksmühle.

Samstag, den 20. Sept.,
7½ Uhr in der festlich geschmückten Turnhalle
großer
Kommers

unter Mitwirkung des 25 Mann starken Hagener uniformiert. Trompeterchors unter Leitung des Herrn Musikmeisters Carl Bode.
Eintrittspreise:
für Mitglieder 1.00 (1 Dame frei), jedes weitere Familienmitglied 1.00, für Nichtmitglieder Herren 2.00 Damen 1.00 Mk.
Antreten 6.45 Uhr vor dem Vereinslokal. Abmarsch 7 Uhr mit Musik.
Anzug: Mütze.
Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen.
Es ladet ein
der Vorstand.

Anmeldungen
auf
Aufwertung von Spareinlagen
nach den gesetzlichen Bestimmungen sind unter Angabe der Nummer des Sparbuches bis
31 Dezember
bei uns zu stellen.
Die Sparkassen des Kreises Altena und der Stadt Lüdenscheid.

Dilettanten-Verein „Hohenzollern" Halver
1899 — 1924
Ernst ist das Leben, heiter die Kunst!
feiert am **Sonntag, den 21. Sept. 1924** auf der Carlshöhe sein
25-jähriges Stiftungsfest
durch
Konzert und Ball.
— Anfang punkt 4 Uhr nachm. —
Zur Aufführung gelangt:
I.
„Der Goldbauer."
Volksschauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeifer.
II.
„Die Krebse."
Operette in einem Akt.
Aufgeführt von Gesellschaft „Artist" Lüdenscheid.
Anschließend: **Ball.**
Eintritt zum Konzert 0,75—, Ball 1.—
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein
Der Vorstand.

Quittungskartenrevision.

Mit der Revision der Quittungskarten wird hier am **22. d. Mts.** begonnen. Quittungskarten, Aufrechnungsbescheinigungen, Dienstbücher usw. sind bereit zu halten.

Am **22. 9. 24.** hält der Kontrollbeamte der Landesversicherungsanstalt von 4—6 Uhr im Amtshause, Zimmer 2 nachmittags Sprechstunde und Markenverkauf ab.

Halver, den 17. Sept. 1924.
Der Amtmann.

Vergnügungssteuerordnung.

Die von der Gemeindevertretung von Halver am 31. Juli d. J. beschlossene Vergnügungssteuer-Ordnung hat die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gefunden.

Die Ordnung kann **innerhalb 14 Tagen,** gerechnet vom Tage dieser Bekanntmachung ab im Amtshause hier Zimmer Nr. 3 eingesehen werden.

Halver, 12 Sept. 1924.
Der Amtmann.

Wandergewerbescheine für das Jahr 1925 sind bis zum **30. Sept. d. J.** im Amtsbüro, Lüdenscheid, Konkordiastraße 17, zu beantragen
Lüdenscheid, 16 9. 24.
Der Amtmann.

Visitenkarten liefert schnellstens
Druckerei Wilhelm Bell jr.

Ziegenzuchtverein Buschhausen.
Sonntag, d. 21. d. M., nachm. 4 Uhr, bei **Geschw. Fasbender, Halver**
Versammlung.
Der Vorstand.

Nehme **Bestellungen** auf
Einmach-Kappus
entgegen.
Frau Ernst Wasserfuhr,
Kierspe.

Einmachtöpfe
empfiehlt
Wilh. Bell jr.,
Halver.

Dixin
macht Dir das Waschen leicht — es ist in Güte unerreicht;
beim Waschen
Scheuern und beim Putzen ist es von allergrößtem Nutzen!

Vereinigung der Kriegsbeschädigten u. Krieger hinterbliebenen
Ortsgruppe Halver.
Versammlung
am Samstag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr im „Gasthof zur Post".
Vortrag eines Vertreters des Landesverbandes über die wirtschaftliche Lage der Kriegsopfer.
Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Tabak
Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.